



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Bettina Brücher
Anschrift Rathaus Barmen
42275 Wuppertal
Telefon (0202) 563-6204
Fax (0202) 59 64 88
E-Mail bettina.bruecher@gruene-
fraktion.wuppertal.de
Datum 12.05.2004
Drucks. Nr. **VO/2992/04**
öffentlich

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Hans Kremendahl

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
19.05.2004	Hauptausschuss
24.05.2004	Rat der Stadt Wuppertal

Von der Offenen Ganztagsgrundschule zur Ganztagschule

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Landesjugendhilfeausschuss Rheinland hat am 22. April 2004 eine Resolution zur Offenen Ganztagsgrundschule einstimmig verabschiedet.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt, die Mitglieder des Hauptausschusses und des Rates mögen sich dieser in der Anlage angefügten Resolution anschließen.

Mit freundlichem Gruß

gez. Lorenz Bahr
Stadtverordneter

gez. Paul Yves Ramette
Stadtverordneter

Von der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich zur Ganztagsschule"
Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland am 22.04.2004

1. Von der Offenen Ganztagsgrundschule zur Ganztagsschule

Der Landesjugendhilfeausschuss Rheinland versteht die Errichtung der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich auf der Basis einer engen Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule als ersten Schritt zur Ganztagsschule als bedarfsdeckendes Angebot.

Als Folge dieser Entwicklung werden die im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG/SGB VIII) festgelegten Aufgabenfelder der Jugendhilfe – u. a. Tageseinrichtungen für Kinder, Jugendarbeit, Erzieherische Hilfen, Familienbildung – in Zukunft in wachsendem Umfang auch in enger Zusammenarbeit mit der Schule stattfinden. Die dabei angestrebte Kooperation von Schule und Jugendhilfe wird „auf gleicher Augenhöhe“ partnerschaftlich entwickelt und über Verträge abgesichert.

Wir begrüßen, dass Konzepte, Verfahren und Qualitätskriterien aus der Jugendhilfe damit in die Schule hineinwachsen.

2. Qualifiziertes Personal beschäftigen

Die derzeitige Finanzierung der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich lässt die Beschäftigung von qualifiziertem Personal nur in engen Grenzen zu. Deswegen müssen so schnell wie möglich Standards entwickelt werden, die Bildung, Erziehung und Förderung durch qualifiziertes Personal sicherstellen. Mindestvoraussetzung ist dabei eine pädagogische Ausbildung.

Auf Dauer ist die Ausbildung von LehrerInnen, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen in Richtung auf eine gemeinsame Hochschulqualifikation „Elementarpädagogik“ weiter zu entwickeln.

3. Finanzierung aus einer Hand

- Der bisherige Finanzierungsmix aus Kommunal-, Landes- und Elternbeiträgen kann nur für eine Übergangszeit akzeptiert werden. Kostenbeiträge des Bundes sollen in die Finanzierung des Landes einfließen.
- Die zentrale Finanzierung der zukünftigen Ganztagsschule soll einheitliche Standards im gesamten Lande ermöglichen. Im Rahmen einer integrierten sozialräumlichen Planung muss die Ausgestaltung der Angebote an den einzelnen Schulen sozialraumorientiert erfolgen und müssen Konzepte unter Mitwirkung aller Beteiligten, einschließlich der Eltern, vor Ort entwickelt und umgesetzt werden, womit eine lokale Steuerung gesichert ist.
- Der LJHA Rheinland fordert das Land NRW und die Kommunen auf, so schnell wie möglich für eine bessere finanzielle Ausstattung der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich Sorge zu tragen und damit mehr Qualität zu ermöglichen.

4. Vielfalt erhalten

Das Nebeneinander von Offener Ganztagsschule im Primarbereich und anderen bisherigen Formen der Nachmittagsbetreuung ist solange wie nötig beizubehalten. Ein solches Nebeneinander sichert die Flexibilität der Betreuungsangebote, orientiert an den Bedürfnissen von Kindern und Eltern. Angebote der Nachmittagsbetreuung dürfen nur dann abgebaut werden, wenn im gleichen Sozialraum entsprechende Angebote mit

vergleichbarer Qualität im Rahmen der Offenen Ganztagschule zeitgleich zur Verfügung stehen.

5. Bildung und Erziehung sichern

Die stufenweise Einführung der Offenen Ganztagschule im Primarbereich muss in der Praxis über die Betreuung hinaus in den nächsten Schuljahren zu einer qualifizierten Bildung, Erziehung und Förderung geführt werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der in Armutsberichten aufgezeichneten Fakten der langfristigen Folgen von Kinderarmut, die nur durch solche Angebote zum Teil aufgefangen werden können. Diese Anstrengungen müssen nicht zuletzt Kindern aus Armutsfamilien bzw. aus bildungsbenachteiligten Familien gelten.

6. Nicht bei der Grundschule stehen bleiben – Sek. I planen.

Die Ganztagschule darf nicht bei der heutigen Grundschulzeit enden. Schon jetzt muss die politische Planung der Ausweitung der Ganztagschule auf den heutigen Bereich der Sek. I beginnen. Dazu gehören:

- **Kindgerechte Gestaltung des Schulangebotes von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr:**
Der gesamte „Schultag“, der aus überwiegend kognitiven Angeboten der Schule und sozialpädagogischen und kulturpädagogischen Angeboten aus der Jugendhilfe sowie sportpädagogischen Elementen bestehen wird, soll darauf Rücksicht nehmen, dass Kinder Räume zur Selbstentfaltung und Selbsterprobung brauchen. Deswegen sind Möglichkeiten der Selbstorganisation und Selbstentfaltung von Kindern ohne pädagogisierende Angebote ausdrücklich konzeptionell vorzusehen.
- **Ganztagschule – eine neue Schule:**
Nicht nur durch die PISA-Studie ist deutlich geworden, dass auch Deutschland eine andere Schule braucht. Eine Schule, die einen wesentlichen Teil in der Erziehung und Sozialisation von Kindern übernimmt und dabei neben der Wissensvermittlung vor allen Dingen soziale, kulturelle und demokratische Fähigkeiten fördert. Die Ganztagschule ab 2007 muss eine neue Schule werden, in der sozialpädagogische Elemente der Jugendhilfe eine führende Rolle neben Elementen der Wissensvermittlung und der Vermittlung von Kulturtechniken spielen.

Kontinuierliche Beziehungen sichern:

Kinder und Jugendliche brauchen auch in der Schule kontinuierliche und verlässliche Beziehungen zu Erwachsenen, um sich zu gemeinschaftsfähigen und belastungsfähigen Persönlichkeiten zu entwickeln. In dem Maße, in dem das in vielen Familien nicht mehr sichergestellt ist (Patchworkfamilie, Einelternfamilie, Einkindfamilie, Scheidungen und Trennungen, Berufstätigkeit), muss die Ganztagschule dies in ihren Konzepten zunehmend berücksichtigen.